

## internationale Rundschau

---

### USA: Wirtschaftsbelebung mit Hindernissen

Das Jahr 1974 begann unter dem Zeichen des Ölboykotts und der Energiekrise; 1975 startete mit Massentlassungen in der Automobilindustrie und anderen Massenindustrien. Die Regierung Ford, die noch wenige Wochen zuvor der von ihr als Hauptgefahr betrachteten Inflation durch *Steuererhöhungen* begegnen wollte, widersetzte sich im Januar nicht mehr der vom Kongreß beschlossenen *Steuersenkung*. Diese bestand aus zwei Teilen: einer einmaligen Steuervergütung und Rentenzulage von etwa 10 Md. Dollar, die im Mai/Juni ausbezahlt wurden, und einer Serie von temporären Einkommenssteuersenkungen für Individuen und Körperschaften, deren insgesamt etwa 12 Md. sich auf das ganze Jahr verteilten.

Dagegen stemmte sich *Ford* mit Erfolg gegen die Gesetzesvorlagen des Kongresses, die darüber hinaus Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die öffentliche Arbeitsbeschaffung vorsahen. Ford befürchtete, das Budgetdefizit, ohnedies infolge der Rezession von 10 auf 60 Md. angeschwollen, könne sich dadurch noch weiter erhöhen und der latenten Inflationsgefahr neuen Anstoß geben. Er begnügte sich mit einer zeitlichen Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf bis zu fünfzehn Monate sowie mit der Erweiterung gewisser Maßnahmen der Armutshilfe wie dem *Food-Stamp-Programm*, der verbilligten Abgabe von Lebensmitteln an Minderbemittelte, also Beschwichtigungsmaßnahmen anstelle der Beschaffung neuer Arbeitsplätze.

In der Tat stellte sich heraus, daß diese kombinierten Maßnahmen ausreichten, um die Rezession zu stoppen. Von Mai an begann eine langsame, wenn auch keineswegs einhellige oder geradlinige Erholung der Industrieproduktion, der Beschäftigung

und sogar der Inflation. Die Industrieproduktion ist seitdem in wachsendem Tempo um beinahe 6 vH über den Tiefstand vom April 1975 gestiegen und hat damit etwa ein Drittel des verlorenen Terrains wiedergewonnen. Die Zahl der Beschäftigten stieg von Mai bis September um etwa eine Million, die der Arbeitslosen fiel um 700 000. Mit nahezu 8 Millionen liegt sie aber noch immer auf 8,3 vH der Gesamtzahl der Arbeitskräfte, nach einem Höhepunkt im Mai mit 9,2 vH. Auch steigt noch immer die Zahl der Dauerarbeitslosen (1,6 Millionen über 6 Monate arbeitslos). Das Gesamtnationalprodukt (GNP), das trotz der fortdauernden Inflation im 1. Quartal 1975 nicht nur in konstanten, sondern selbst in laufenden Dollar einen Rückgang erlitten hatte und auch im 2. Quartal in realen Werten noch beinahe 7 vH unterm Höchststand von 1973 lag, erholte sich im 3. Quartal, falls die vorläufigen Ziffern stimmen, überraschend kräftig um nominell 11 vH, real 8 vH, offenbar vor allem, weil die Liquidierung der Lagervorräte ihr Ende erreicht hat. Das läßt hoffen, daß das GNP für das gesamte Jahr mit einem, wenn auch geringen Aufstieg über 1974 enden wird.

Die Laissez-faire-Ideologie der Regierung hatte sie im vergangenen Jahr von geeigneten Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung abgehalten; denn sie sah deren Ursache in einer überhöhten Nachfrage und Geldschöpfung. In Wirklichkeit sind die Inflationstendenzen ein Ausdruck der veränderten Wirtschaftsstruktur: einerseits dem steigenden Anteil der fixen Kosten (einschließlich der staatlichen Aufgaben) in der modernen hochorganisierten Gesellschaft, andererseits der oligopolistischen Beherrschung des Marktes durch die Großunternehmen, die ihnen selbst bei rückläufiger Konjunktur die Abwälzung dieser Kosten in Form steigender Preise ermöglicht.

Deshalb dauerte es lange, bis sich die Preissteigerung von ihrem Hochstand von 14 vH auf heute etwa 8 vH reduzierte, und entsprechend verlängerte und vertiefte

sich die Rezession. Andererseits bewahrten die der neuen Gesellschaftsstruktur zugehörigen Stabilisierungsfaktoren — der weniger konjunkturrempfindliche, ausgedehnte Dienstleistungssektor, tariflich festgelegte Löhne, Sozialversicherung, Wohlfahrtsunterstützung — die Massenkaufrkraft vor dem aus früheren Krisen bekannten Absacken. So genügten die relativ mäßigen Sondermaßnahmen — Sonderzulagen der Sozialleistungen und eine die unteren Einkommen begünstigende Steuersenkung —, um das Entstehen sozialer Unruhen zu verhindern, die von vielen spätestens bei einer achtprozentigen Arbeitslosenrate erwartet wurden. Und dies, obgleich die Reallöhne vor allem infolge der Lebensmittelkosten, in zwei Jahren um fast 10 vH fielen und die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung nur selten mehr als die Hälfte des letzten Verdienstes ausmachen (freilich Steuer- und abgabenfrei). Dazu treten in manchen Industrien (z. B. Autoindustrie) noch zusätzliche Barzahlungen und Fortzahlung der Krankenversicherung.

Die verschiedenen Wirtschaftszweige wurden vom Konjunkturrückgang ungleich betroffen; am härtesten Grundstoffe und Dauergüter: Autos, Bauindustrie und mit dem Wohnbau verbundene Konsumgüter wie Haushaltsapparate, Möbel. Die leichte Konsumindustrie, Einzelhandel und Dienstgewerbe haben weniger gelitten. Insgesamt sank die Kapazitätsausnutzung der Industrie zwischen September 1974 und September 1975 von 83 auf 69 vH. Bei vielen Grundstoffindustrien (Stahl, Aluminium, Kupfer, z. T. Chemie) liegt sie tiefer, in der Ölindustrie dagegen bei über 80 vH. Die niedrige Kapazitätsausnutzung, welche in vielen Grundstoffindustrien schließlich zur Senkung der Rohstoffpreise geführt hatte, verhinderte auch die volle Durchsetzung von Preiserhöhungen, die bei den ersten Zeichen einer Konjunkturbelebung in diesem Sommer versucht wurden. Die Agrar„industrie“ arbeitet weitgehend auf Vollkapazität. Die Rekordernten bei Getreide und Futtermitteln können auf einen festen Exportmarkt rechnen, vor allem nach den östlichen Ländern, und damit auf

festen Preise. Der Agrarexport ist es nicht zuletzt, der in diesem Jahr erstmals wieder zu einem Exportüberschuß geführt hat. Auch die Zahlungsbilanz ist durch die anhaltenden Investitionen japanischer und westeuropäischer Kapitalien positiv beeinflusst; aus der BRD offenbar vor allem in der chemischen Industrie.

Dagegen gelang es bisher nicht, eine langfristige Energiepolitik auszuarbeiten. Hier stehen sich Regierung und Kongreß diametral gegenüber. Ford möchte durch die allmähliche Aufhebung von Preiskontrollen und Umweltschutzmaßnahmen die einheimische Energiegewinnung anregen und die Abhängigkeit von den OPEC-Ländern vermindern. Im Kongreß fürchtet man nicht mit Unrecht die Reaktion der Wähler auf die mit einer solchen Politik verbundene weitere Verteuerung der Energiekosten, bei gleichzeitiger Profitsteigerung in der Ölindustrie. Als Antwort auf den in der Watergate-Affäre zutage getretenen politischen Einfluß der Ölfirmen beginnt man hier im Gegenteil an eine strukturelle Reform der Ölindustrie zu denken, an eine Aufspaltung der Vertikal-konzerne in separate Gesellschaften für Ölgewinnung, Verarbeitung und Verteilung. Eine Einigung auf mehr als Interimsmaßnahmen ist aber vor den nächsten Wahlen undenkbar.

Wie schon unter *Hoover*, *Eisenhower* und *Nixon* bewirkte die konservative Wirtschaftspolitik des jetzigen republikanischen Präsidenten, daß sich die Rezession vertiefte, die Inflation eine bisher in Amerika unbekannt hohe erreichte und das Budgetdefizit auf eine Rekordhöhe in Friedenszeit schnellte. Die Rezession verringerte die Steuereinnahmen und erhöhte die Sozialausgaben und damit das Defizit. Der Versuch, der Inflation durch eine restriktive Kreditpolitik zu begegnen, konnte nicht gelingen, weil mit der Rezession ohnedies der Kapitalbedarf der Geschäftswelt sank, während die erhöhten Zinssätze ihrerseits inflationär wirkten. Die wirksamsten konjunkturpolitischen Maßnahmen wurden einer widerstrebenden Regierung

vom demokratischen Kongreß aufgezwungen.

So gelang es zwar, den sozialen Frieden zu bewahren und eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten. Die Experten von rechts und links sind sich jedoch darin einig, daß diese Erholung langsam und uneinheitlich fortschreiten wird. So rechnet man bis Ende 1976 zwar mit einer Steigerung der Industrieproduktion um etwa 10 vH, aber nur mit einer geringen Senkung der Inflationsrate auf 6—7 vH, der Arbeitslosenrate auf 7—7,5 vH. Das bedeutet 7 Millionen Arbeitslose und eine Erwerbslosigkeit, die besonders hart die farbige Jugend der Großstädte trifft.

In den Städten haben die sozialen Schwierigkeiten in der Rezession ihre schärfste Zuspitzung erfahren. Ihre sozialen Aufgaben stiegen durch die Zuwanderungen farbiger Minderheiten aus ländlichen Armutsgebieten zur selben Zeit, als sich ihre Steuerbasis, mit der Abwanderung des weißen Mittelstandes, von Industrie und Geschäften in die Vororte verengte. Der offensichtliche Bankrott der Stadt New York hat diese pathologische Situation dramatisiert. Mit der Verweigerung bundesstaatlicher Hilfsmaßnahmen setzt Ford eine Politik seines Vorgängers fort, die — zum Teil aus kurzfristigen parteipolitischen Gründen — die Großstädte mehr oder weniger „abgeschrieben“ zu haben scheint.

Gewiß, New York City hatte allzulang über seine Verhältnisse gelebt und die

wachsenden Defizite durch finanzielle Manipulationen verschleiert. Aber ebenso wie bei der Massenarbeitslosigkeit verschließt die Ford-Regierung bei der Krise New Yorks ihre Augen vor den menschlichen Aspekten und vor den Folgen, die daraus für die gesamte amerikanische Gesellschaft entstehen; auch und gerade, wenn es nicht zu gewaltsamen Ausbrüchen kommt. Die soziale Infektion äußert sich auf andere, nicht minder gefährliche Weise: In der Zunahme von Eigentumsverbrechen und Drogenkriminalität, im Absterben ganzer Straßenzüge von Wohnhäusern und Läden, in der Verunsicherung des Großstadtlebens.

Die Struktur des Kongresses, in dem der einzelne Abgeordnete weit mehr seinem Wahlkreis als der Parteiorganisation verantwortlich ist, erschwert es ihm, Probleme wie die Großstadtsanierung als nationale Aufgabe zu sehen. Nur der vom ganzen Volk gewählte Präsident könnte da die rechte Perspektive entwickeln. Der gegenwärtige Präsident wurde bekanntlich nicht in sein Amt gewählt und hat auch offenbar eine solche Perspektive nicht gefunden. So wird man etwaige Hoffnungen auf die Wahl eines demokratischen Präsidenten im November 1976 setzen müssen. Bis dahin werden alle wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge sowohl der Regierung wie des demokratischen Kongresses weitgehend von wahltaktischen Erwägungen geleitet sein.

*George Günther Eckstein*